

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Tirschnitz.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Verkäufe, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 243.

Montag den 18 Oktober 1920

70. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Während der in Essen tagenden Bergarbeiterkonferenz des Ruhrreviers wurde die Sozialisierung des Kohlenbergbaus für Ende des Jahres in einer Resolution an die Reichsregierung verlangt. Eine in Dortmund tagende Versammlung von Bergarbeitern beschloß, die Befreiung der Kohlengruben durch die Bergarbeiter vorzunehmen, wenn die Sozialisierung der Bergwerke bis Ende November nicht begonnen sein sollte.

Durch Beschlagnahme deutscher Schiffe im Rhesidistrikt leitens der Polen ist den Schiffen bedeutender Schaden erwachsen, für den sie das Reich verantwortlich machen. Bisher konnte das beschlagnahmte Gut vom Auswärtigen Amt nicht zurückverlangt werden.

Der Gemeindefreistreit ist überall beendet; ein Streik der Transportarbeiter ist in Sicht, damit es an Abwechslung nicht fehlt!

Zum Komitee zur Befreiung der Simonsen sind als Vertrauensmänner für Deutschland Professor Schulze-Gävernitz und Hellmut von Gerlach gewählt worden.

Die Kärntner Frage wühlt sich zu einem internationalen Konflikt aus. Bisher konnte man die Entsendung von zwei Bataillonen jüdischer Truppen als eine Verfügung der Landesregierung von Laibach ansehen, nun aber hat sich auch in Belgrad eine heftige Agitation für die militärische Befreiung von Südbanien geltend gemacht und die jugoslawische Regierung scheint geneigt zu sein, diesem Druck nachzugeben.

Nach einer Meldung aus Wien wurde von Regierungsseite in der Nationalversammlung mitgeteilt, daß die Lösung der Königsfrage durch Volksbefragung festgelegt wird.

Wie „Chicago Tribune“ meldet, werden die Vereinigten Staaten den Vertrag zwischen Polen und Rußland nicht anerkennen, weil über russisches Gebiet ohne Einwilligung der interessierten Bevölkerung verfügt worden sei.

Der lange angehängte englische Bergarbeiterstreik ist nunmehr ausgebrochen, die Kohlenlieferung ins Ausland eingestellt, im Inlande der Verbrauch erheblich eingeschränkt. Es besteht die Möglichkeit des Symphoniestreiks der Eisenbahner.

Den Blättern zufolge hält der Preissturz für alle Waren an und wird noch durch den bevorstehenden Bergarbeiterstreik verhärtet. In Amerika ist das Sinken der Preise noch erheblicher als in England.

Deutsches Reich.

Die Chemnitzer Kartoffelschiebungen.

Dresden. Die Deutschnationale Fraktion der Volkskammer hat folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Was ist der Staatsregierung von der angeblichen Kartoffelschiebung der Chemnitzer Behörden bekannt? Wie geht sie im Falle der Wahrheit der Behauptungen in der Presse die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Die Not der Arbeiter-Rentenempfänger.

Die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer hat folgende Anfrage eingebracht: Am 23. Juli hat die Volkskammer folgenden, die Arbeiter-Rentenempfänger betreffenden Beschluß gefaßt: Die Regierung zu ersuchen, unter erstem Hinweis auf die äußerst bedrohliche Lage der Arbeiter-Rentenempfänger in Sachsen bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für die sofortige Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die bedürftigen Arbeiter-Rentenempfänger einzutreten und, falls das Reich sich hierzu nicht binnen kürzester Frist einverstanden erklären sollte, die Regierung zu beauftragen, zur Milderung der Notlage sofort selbst entsprechende Maßnahmen durchzuführen und die Mittel dafür nachträglich im Nachtrage zum Staatshaushaltsplan anzufordern. Was hat die Regierung getan, die in diesem Beschluß enthaltenen Forderungen zu erfüllen und die Not der Arbeiter-Rentenempfänger zu mildern? — Eine weitere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion will Aufklärung darüber, ob die Staatsregierung bereit ist, für die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten eine Verordnung zu erlassen, um die fehlende Klarheit über die Frist, innerhalb deren die Wahlen stattzufinden haben, zu schaffen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt, einen Entwurf eines Gesetzes über Verbraucherschutz der Regierung zu überweisen. Es sollen eine Landesverbraucherkammer und freischaupmannschaftliche Verbraucher-Kammern, die mit der Eigenschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgestattet sind, zur Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher des Freistaates Sachsen errichtet werden.

Dieselbe Fraktion hat einen Antrag eingebracht, daß die Regierung auf dem Verordnungsweg verfügen solle: 1. daß nur solche Hilfskräfte zur Erteilung des Religionsunterrichtes herangezogen werden, die auf Grund einer staatlichen Prüfung den Nachweis genügender pädagogischer Ausbildung erbracht haben;

2. daß an der staatlichen Aufsicht auch über den durch solche Hilfskräfte erteilten Religionsunterricht festgehalten wird;

3. daß keinem Lehrer Nachteile erwachsen dürfen, der von seinem verfassungsmäßigen Rechte, den Religionsunterricht abzulehnen, Gebrauch macht;

4. daß Anstellungen nicht von der Antwort auf die Frage abhängig gemacht werden, ob sich der Bewerber zur Erteilung des Religionsunterrichtes verpflichtet;

5. daß Religionsunterricht nach den Zwidauer Theesen kein Unterricht im Sinne der Verfassung ist;

6. daß durch die Ansetzung der Stunden für Religionsunterricht nicht der Gesamtplan des Unterrichts zerlegt wird;

7. daß Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, nicht zur Teilnahme an einem anderen Unterrichtsfach gezwungen werden.

Erst Brüssel, dann Genf.

Berlin. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Delacroix, der sich höchstbefriedigt über die Ergebnisse seiner Londoner Reise äußerte. Der Grundjah, auf dem sich Frankreich und England geeinigt hätten und welchem wahrscheinlich auch Italien zustimmen würde, wäre, daß in Brüssel der Betrag der Entschädigung auf einmal festgesetzt werden solle. Nachdem man sich in Brüssel über die Summe geeinigt hätte, solle sie dann in Genf endgültig festgesetzt werden. — Wie die „Voss. Ztg.“ aus Paris meldet, wird der französische Botschafter Laurent in Berlin, der dieser Tage von Paris auf seinen Posten zurückkehrt, der deutschen Regierung mitteilen, daß die Sonderunterhandlungen zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über die Wiedergutmachungsfrage, die Deutschland angeregt hatte, angesichts der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz in Brüssel untunlich erscheinen. Man nehme in Paris an, daß die Einberufung der Sachverständigenkonferenz nach Brüssel in allernächster Zeit erfolgen werde.

Der Kohlenüberschuß in Frankreich.

An das Reichswirtschaftsministerium und an das Ministerium des Innern ist von den Herren Rirdorf, Stinnes und Böglar folgendes Telegramm gefandt worden:

Die Kohlenfrage zwingt uns, nachdem bereits vier Hochöfen außer Betrieb gesetzt sind, jetzt zwei weitere stillzulegen. Hierdurch sind weitere Arbeitseinstellungen unvermeidlich. Dabei ist bekannt, daß in Frankreich großer Ueberfluß an Koks und Kohle herrscht, jedoch teilweise die Bahnhöfe wegen Ueberfüllung verstopft sind. Die Gasanstalt in Paris hat 900 tausend Tonnen Vorrat, d. h. mehr wie je zuvor. Wir bitten dringend, Schritte zu tun, daß angesichts des Ueberflusses in Frankreich soviel Kohlen und Koks in Deutschland zurückgehalten werden können, daß unsere Wirtschaft nicht vollkommen zusammenbricht.

Rirdorf, Stinnes, Böglar.

Nach einer „Temps“-Meldung hat die deutsche Regierung bereits in einer Vorlesung des Botschafters am 13. d. Mts. eine Milderung des Spaer Kohlenabkommens bei Frankreich angeregt.

Zur Zerstörung des deutschen Kriegsgerätes.

Die Interalliierte Militärkommission hat bei der Reichsregierung darüber Beschwerde geführt, daß die Durchführung des Teiles des Friedensvertrages und die Kontrolle hierüber durch passives und aktives Verhalten der Arbeitnehmer behindert würde. Die Gewerkschaften sind daraufhin vom Reichsarbeitsministerium zur Einwirkung auf ihre Mitgliebschaften erjucht worden. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.) in Berlin hat dem Reichsarbeitsministerium seine Mitwirkung hierbei zugesagt, hat jedoch gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung mehr als bisher alles tun müsse, um die Zerstörung des aus früherem Kriegsgerät verbleibenden und zu wirtschaftlichen Zwecken noch brauchbaren Materials zu verhindern. Die Bestimmungen des Paragraphen 189 des Friedensvertrages, der die Verwendung der aus dem Abbruch von Kriegsfahrzeugen herrührenden Gegenstände, Maschinen und sonstigen Materialien zu wirtschaftlichen Zwecken ausdrücklich zuläßt, müßten sinngemäß allgemein zur Anwendung gelangen.

Der katastrophale Raub der Dieselmotoren.

Von sachverständiger Seite wird zu dem drohenden Raub der Dieselmotoren gesagt, daß, abgesehen davon, daß die direkten Schäden auf 1 einhalb Milliarden, die der Re-

gierung erwachsende Schadenerschaft auf 4 einhalb Milliarden zu schätzen seien, in Betracht gezogen werden müsse, daß eine ganze Reihe von Betrieben durch die Herausnahme von Dieselmotoren für lange Zeit stillgelegt würden, wodurch weitgehende Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche entstehen müßte.

Die Ablieferung von 810 000 Milchfäßen.

Im Anschluß an die Resolution des sozialdemokratischen Parteitagess gegen das Verlangen der Alliierten auf Ablieferung von 810 000 Milchfäßen berichtet der Vorwärts, daß nach seiner Information die Reichsregierung gegen diese Forderung bei der Wiedergutmachungskommission Protest eingelegt hat. Der Vorwärts führt weiter dazu aus, daß die Forderung nach der Abgabe von 810 000 Milchfäßen etwa 10 v. H. des gesamten Viehbestandes in Deutschland betreffe und daß dadurch rund 6 Millionen Liter Milch verloren gehen. Das sei der größte Teil des Bedarfes an Kindermilch in Deutschland.

Ueber die Geldleistungen.

die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen, werden von französischer Seite neuerdings 170 Milliarden M. genannt. Diese Zahl ist genau so phantastisch wie die 1000 Milliarden Mark und die 8 einhalb Milliarden Goldmark jährlich, die Tarnieu von den Deutschen erpressen will. Nach einer Meldung des „Temps“ beabsichtigt die französische Wiedergutmachungskommission, nachträglich Ansprüche an Deutschland zu erheben, die sich auf die angebliche Zerstörung französischen Eigentums in Konstantinopel und in der Türkei erstrecken.

Große Bestechungsorgane eines hohen Staatsbeamten.

Der „Germania“ veröffentlicht Mitteilungen des Verweins gegen das Bestechungsweien. Danach hat der Leiter der staatlichen Feuerversicherungsstelle der Kriegsgefellschaften, Dr. Franz Münke, es verstanden, in 15 Monaten sich eine Million Mark Provision von Versicherungsaufträgen bezahlen zu lassen, indem er Transporte der Kriegsgefellschaften übermittelte. Die gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren haben keinerlei Erfolg gehabt, da die juristischen Grundlagen für den Begriff der Bestechung nicht ausreichten. Erst jetzt ist die Entlassung des Dr. Münke aus dem Reichswesen verfügt worden.

Gemahregelte Landräte.

Gestern war bekannt gegeben worden, daß eine Anzahl von Landräten, darunter auch der Landrat von Wöhrungen Graf Ranitz, in den Ruhestand versetzt worden sein. Die regierungseitig dazu mitgeteilt wird, ist diese Maßnahme auf die Haltung der Landräte während des Rapp-Putschs zurückzuführen.

Die Parteipolitik erfolgt.

Der Parteitag der U.S.P. stimmte nach kürzlicher Auseinandersetzung in seiner Sonnabend-Nachmittags-Sitzung dem Anschließ an die 3. Internationale mit 237 gegen 156 Stimmen zu. Zwei Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Nach einer Erklärung Reunens verließ der rechte Flügel der Partei den Saal. Die beiden Parteien haben weiter getrennt getagt. Nach dem Verlassen des Saales durch den rechten Flügel erklärte der Vorsitzende Brach, daß der Parteitag noch nicht zu Ende sei. Es müßte noch die Wahl des Vorstandes stattfinden. Darauf wurden gewählt Däumig und Hoffmann als Vorsitzende, Stöder, Gäbel und Genosin Braunthal als Sekretäre. Der linke Flügel schloß dann seine Tagung. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat der preussische Minister des Innern die Ausweisung von Lofowski und Sinowjew verfügt. Der rechte Flügel wählte Ledebour neben Crispian zum Vorsitzenden, er will seine Selbstständigkeit wahren und sich nicht den Reichssozialisten anschließen. Er schloß darauf gleichfalls seine Sitzung.

Gescheiterte Verhandlungen im Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen, die Sonnabend zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues stattgefunden haben, sind gescheitert, da die Arbeitgeber erklärten, keine weiteren Zugeständnisse in der Frage der Lohnerhöhung machen zu können, ohne eine Kohlenpreiserhöhung eintreten zu lassen. Es wurde eine 22gliedrige paritätische Kommission gebildet, die die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium fortsetzen soll.

Befreiung des neuen Regierungsprogramms.

Der Reichskanzler Fehrenbach wird heute die Führer aller Parteien empfangen, um mit ihnen die gesetzgeberischen Arbeiten der nächsten Zeit zu besprechen. Dabei wird voraussichtlich auch das Regierungsprogramm erörtert werden.